

Beschluss (vorläufig) 3. Für beste Bildungschancen, vielfältige Kultur und starkes Ehrenamt. - vorläufiger Beschluss

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 09.05.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2026

Text

1 Wir setzen uns für eine Bildungspolitik ein, die allen Menschen in Sachsen-
2 Anhalt die bestmöglichen Bildungschancen verschafft. Wir kämpfen dafür, dass
3 unsere Kitas, Schulen und Hochschulen stark und zukunftsfähig sind. Bildung
4 öffnet Türen zu echter gesellschaftlicher Teilhabe, zu Chancengerechtigkeit und
5 zu einer lebendigen, widerstandsfähigen Demokratie. Deshalb stehen wir für eine
6 Politik, in der junge Menschen unabhängig von Herkunft oder Einkommen die Chance
7 auf ein selbstbestimmtes Leben bekommen. Ausreichend Erzieher*innen und
8 Lehrer*innen sind essentiell für den Bildungserfolg unserer Kinder.
9 Fachkräftegewinnung und Minimierung von Ausfallzeiten sind die Grundlage
10 positiver Bildungserfolge. Wir wollen Bildungsorte schaffen, in denen junge
11 Menschen wachsen und ihre Zukunft gestalten können. Ebenso wie Bildung
12 durchdringt Kultur alle Bereiche unseres Lebens und prägt, wie wir miteinander
13 umgehen. Sie ist Voraussetzung einer lebendigen Demokratie, so wie sie auch die
14 Demokratie als Grundlage braucht. Kultur formt unsere Umwelt, öffnet
15 Perspektiven, schafft Bewusstsein und stärkt unser Selbstbewusstsein. Kultur ist
16 immanenter Bestandteil unseres Lebens und kein Luxus. Sie benötigt Freiräume, um
17 zu wachsen, und muss in ihrer gesamten Breite von Anfang an gefördert werden.
18 Auch Sport und Ehrenamt tragen unser gesellschaftliches Miteinander, halten die
19 Gesellschaft zusammen und machen Demokratie im Alltag erlebbar. Wir wollen diese
20 Bereiche gezielt stärken: durch gute Förderung, weniger Bürokratie und den
21 Schutz derjenigen, die sich engagieren. Wir stehen fest an der Seite der vielen
22 Menschen in Sachsen-Anhalt, die sich tagtäglich engagieren!

23 3.1 Ein kinder- und jugendgerechtes Land

24 Junge Menschen zählen für uns hier und heute. Wer sie nur als zukünftige
25 Fachkräfte sieht, verkennt nicht nur ihre Bedürfnisse und Interessen, sondern
26 missachtet auch ihr Recht auf Beteiligung und Mitsprache. Wir wollen Sachsen-
27 Anhalt zu einem Land machen, in dem alle jungen Menschen gesund aufwachsen
28 können, in dem sie wirksam vor Gewalt geschützt sind, in dem sie Mitsprache in
29 Kita, Schule und Politik haben, ihre persönlichen Potentiale entfalten können
30 und eine lebenswerte Zukunft sehen. Wir stehen für eine Politik, in der junge
31 Menschen von Anfang an echtes Gehör finden.

32 Zukunftschancen sichern: Kinder- und Jugendarmut bekämpfen

33 Die Kinder- und Jugendarmut in Deutschland, einem der reichsten Länder der Erde,
34 ist ein dramatisches Problem mit hoher sozialpolitischer Bedeutung. Wir setzen
35 uns dafür ein, die Bekämpfung von Kinderarmut konsequent zu priorisieren und
36 hierfür landeseigene Ergänzungsprogramme aufzulegen. Viele Kinder wachsen
37 derzeit unter prekären Bedingungen auf, was ihre Chancen auf Bildung,
38 gesellschaftliche Teilhabe und eine gesunde Entwicklung einschränkt. Die
39 Forderungen des Netzwerkes gegen Kinderarmut und der Landesarmutskonferenz

40 wollen wir aufgreifen und zu Beginn der neuen Legislatur in einen
41 Landesaktionsplan überführen – mit konsequenter Armuts- und
42 Reichtumsberichterstattung, verlässlicher Finanzierung der Kita- und
43 Schulsozialarbeit, der Jugendfreizeiten und einer Unterstützung für
44 Familienurlaube. Jugend- und Familienarbeit muss armutssensibel gestaltet sein.
45 Eine Teilnahme an Angeboten darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Die
46 Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe werden wir dementsprechend bedarfsgerecht
47 fördern.

48 Wir setzen uns für Bildungsgerechtigkeit ein und fordern einen kostenfreien
49 Zugang zu kulturellen Angeboten. Dies erreichen wir durch die Erweiterung des
50 Kulturpasses sowie eine Lernmittelfreiheit für alle Schüler*innen.

51 Beteiligung, Mitbestimmung und demokratische Teilhabe sichern

52 Wir setzen uns für echte Partizipation junger Menschen ein und fordern
53 verbindliche Mitbestimmungsrechte für Jugendliche in kommunalen Gremien. Zu oft
54 werden junge Menschen in politischen Prozessen lediglich symbolisch eingebunden,
55 ohne tatsächlich Einfluss auf Entscheidungen zu haben. Durch klare
56 Beteiligungsrechte wird die politische Mitwirkung von Jugendlichen gestärkt und
57 ihre Perspektive stärker in kommunale Entscheidungen einbezogen.

58 Wir wollen die Beteiligungsrechte von Kindern in unserer Landesverfassung
59 verankern. Bisher sind dort nur ihre Schutzrechte verbrieft und so wichtig diese
60 auch sind, begreifen wir Kinder nicht als reine Schutzobjekte, sondern auch als
61 handlungsfähige Subjekte. Alle Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention
62 gehören in unsere Landesverfassung. Damit diese Rechte nicht nur auf dem Papier
63 stehen, wollen wir beim Landeskinderbeauftragten eine Monitoringstelle zur
64 Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und der Kinderrechte gemäß
65 Landesverfassung einrichten und Kinderrechtebüros in den Kommunen unterstützen.
66 Dies ist dringend nötig, denn gemäß dem aktuellen Kinderrechteindex rangiert
67 Sachsen-Anhalt bei der Umsetzung der Kinderrechte in der Schlussgruppe der
68 Bundesländer.

69 Das Kinderschutzgesetz wollen wir evaluieren und weiterentwickeln. Dazu wollen
70 wir die personelle und finanzielle Ausstattung der Jugendämter stärken und die
71 Zusammenarbeit zwischen Gesundheitswesen, Schulen und Jugendhilfe verbessern.
72 Zusammen mit dem Netzwerk der Frühen Hilfen wollen wir eine Wirkungs- und
73 Bedarfsanalyse erstellen, um deren Arbeit gezielt weiterzuentwickeln und zu
74 fördern. Ziel für uns ist die Schaffung von kommunalen Präventionsketten mit
75 einer engen Verzahnung und Kooperation von Kita, Schule, Gesundheitswesen und
76 Jugendschutz.

77 Die konsequente Fortführung der „Großen Lösung“ in der Kinder- und Jugendhilfe
78 steht für uns außer Frage, damit die Jugendämter im Land unterschiedslos für
79 alle jungen Menschen zuständig sind. Die Jugendämter sind bei dieser Aufgabe vom
80 Land umfassend zu begleiten, Verfahrenslots*innen entsprechend auszubilden und
81 zu fördern.

82 Zudem sind die Jugendämter bei der Digitalisierung zu unterstützen und benötigen
83 eine auskömmliche Personalausstattung. Sachsen-Anhalt muss dazu in der Lage
84 sein, Landeskinder auch langfristig innerhalb des Bundeslandes unterzubringen,
85 wenn eine heimatnahe Inobhutnahme sinnvoll ist. Das schließt Kinder und
86 Jugendliche mit Behinderung ein.

87 Die Jugendverbandsarbeit werden wir unbürokratisch und verlässlich fördern, um
88 diesen Raum selbstbestimmten Engagements für junge Menschen samt seiner non-
89 formalen Bildungsmöglichkeiten weiter zu stärken. Dafür werden wir
90 Personalstellen für Jugendverbandsreferent*innen finanzieren.

91 Die Förderung des "Landeszentriums Jugend und Kommune" werden wir verstetigen.
92 Die wertvolle Arbeit des Landeszentriums zur Beteiligung junger Menschen in den
93 Kommunen wollen wir auch für weitere Akteur*innen nutzen, etwa im Bereich der
94 Kinder- und Jugendhilfe, der Kitas und Schulen. Eine konzeptionelle Erweiterung
95 wollen wir mit dem Träger zusammen entwickeln. Zielstellung ist, ein
96 Landeszentrum „Jugend und Demokratie“ aufzubauen.

97 Derzeit fehlen vielerorts Orte, an denen junge Menschen sich frei treffen und
98 austauschen können. Wir wollen außerdem Jugendorte schaffen und ausbauen, wozu
99 insbesondere unbeplante Räume und selbstverwaltete Jugendzentren in kleineren
100 Städten und Gemeinden zählen.

101 Mit dem Ausbau der Förderung der Familienzentren im Land sowie der
102 Familienverbände schaffen wir Begegnungs- und Bildungsräume für Familien. Dafür
103 wollen wir auch die mobile Familienarbeit ausbauen und digitale Angebote
104 unterstützen.

105 Um die Stimme der jungen Generation zu bündeln, wollen wir eine Dachorganisation
106 aller Jugendgremien und Jugendparlamente im Land schaffen. Ihr Engagement kann
107 damit weiter professionalisiert und als Gesprächspartner*innen der Politik
108 weiter etabliert werden.

109 Um die Rechte von Jugendparlamenten weiter zu stärken, wollen wir die
110 Beteiligung von Jugendlichen an Vorhaben, die ihre Interessen berühren, zur
111 Pflichtaufgabe der Kommunen machen. Entscheiden Gemeinden sich für die
112 Einrichtung eines Jugendparlamentes, werden nach unserer Vorstellung für selbige
113 klare Kriterien greifen: Jugendparlamenten in Sachsen-Anhalt wird verpflichtend
114 ein Rede-, Antrags- und Anhörungsrecht in den Kommunalparlamenten sowie ein
115 eigenes Budget zu gewähren sein. Jugendlichen soll das Recht eingeräumt werden,
116 die Gründung eines Jugendparlaments in ihrer Gemeinde zu beantragen. Wir setzen
117 uns dafür ein, die Beteiligungsrechte junger Menschen in der Kommunalverfassung
118 zu schärfen und verbindlich zu regeln. Zur Unterstützung dieser Maßnahme streben
119 wir ein Verbandsklagerecht für demokratische Jugendverbände an. Auch auf
120 Landesebene können sich Schüler*innen bspw. in einer ständigen
121 Lehrplankommission beteiligen.

122 Psychische Gesundheit und Sport fördern

123 Zahlreiche aktuelle Studien zeigen die hohe psychische Belastung der jungen
124 Generation und ein hohes Maß an psychischen Erkrankungen. Wir setzen uns für den
125 Ausbau niedrigschwelliger Beratungsangebote im Bereich der psychischen
126 Gesundheit für Jugendliche ein, einschließlich Krisenintervention und
127 zusätzlicher psychotherapeutischer Plätze. Junge Menschen müssen frühzeitig und
128 unkompliziert Unterstützung erhalten, wenn sie psychische Belastungen oder akute
129 Krisen erleben.

130 Der Schulsport kann einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsförderung bei jungen
131 Menschen leisten, wenn er nicht weiterhin primär an Leistungen und Noten
132 ausgerichtet wird. Wir wollen eine inhaltliche Erweiterung des Schulsports mit
133 einem neuen Fokus auf Gesundheitsprävention und Freude an Bewegung einführen.

134 Körperbezogene Ansätze zum Stressmanagement, Achtsamkeit und Entspannung sollen
135 Bestandteil des Sportunterrichts werden, um einen Beitrag zur seelischen
136 Gesundheit zu leisten.

137 3.2 Bestmögliche frühkindliche Bildung für alle 138 Kinder im Land

139 Die frühkindliche Bildung hat für uns einen besonderen Stellenwert. Kitas
140 leisten einen unverzichtbaren Beitrag für ein gutes Aufwachsen unserer Kinder
141 und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier wird das Fundament für
142 Chancengerechtigkeit gelegt. Gute Kitas sind Startpunkt erfolgreicher
143 Bildungskarrieren, Kinderstuben der Demokratie und soziale Orte für die ganze
144 Familie. Demokratiebildung soll bereits im Kindergarten beginnen. Sie soll
145 konkret erlebt und gestaltet werden können, statt sie nur theoretisch zu
146 vermitteln.

147 Personal unterstützen

148 Mit dem Programm „Kita STABIL“ sichert das Land aktuell das Personal in den
149 Kitas bis 2028 auch bei sinkenden Kinderzahlen. Nach der Landtagswahl ist diese
150 mittelfristige Lösung in eine langfristige und strukturelle Verbesserung der
151 Personalsituation zu überführen. Dafür wollen wir den Mindestpersonalschlüssel
152 anheben, die zielgenaue Sonderförderung für Kitas mit besonderen Bedarfen
153 ausbauen und insbesondere die Kita-Sozialarbeit fördern. Dazu gehören auch eine
154 bessere Bezahlung und attraktive Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen sowie die
155 Entlastung von bürokratischen Aufgaben, damit mehr Zeit für die pädagogische
156 Arbeit mit den Kindern bleibt.

157 Erzieher*innen im Anerkennungsjahr leisten wertvolle Arbeit und sollen
158 unabhängig von der Trägerschaft angemessen vergütet werden.

159 Kitas im Land sichern, Beiträge halten

160 Dem Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ folgend wollen wir alle Kitas im Land und
161 insbesondere in ländlichen Räumen sichern. Dafür ist eine nachhaltige kommunale
162 Kita-Planung vonnöten, die wir finanzieren wollen.

163 Mit einem Programm „HeimatKita“ soll das Land ein Versprechen für jeden Ort im
164 Land geben: Die nächste Kindertagesbetreuung ist entweder in der selben
165 Ortschaft oder maximal 15 Minuten entfernt! Mit dem Programm werden auch
166 Kleinst-Kitas finanziell, personell und organisatorisch vom Land unterstützt.
167 Passend zu den Bedingungen vor Ort sollen dabei auch Tageseltern,
168 Mehrgenerationen-Angebote, Mehrzweck-Dorfzentren oder andere nicht-klassische
169 Lösungen zum Tragen kommen.

170 Wir sichern die Beitragsermäßigung für Mehrkinderfamilien dauerhaft ab, um
171 Familien finanziell zu entlasten und allen Kindern gleiche Zugänge zu
172 frühkindlicher Bildung zu ermöglichen. Das Land soll ein Modell zur sozialen
173 Staffelung von Kita-Beiträgen erarbeiten.

174 Bildung und Sprache gezielt fördern

175 Wir treiben die Umsetzung des Bildungsprogramms „Bildung elementar“ konsequent
176 voran. Dazu fördern wir gezielt Fort- und Weiterbildungen und bauen einen

177 Expert*innenpool auf, der Einrichtungen fachlich unterstützt.

178 Zudem führen wir eine landesweit verbindliche Sprachstandsfeststellung in Kitas
179 in Sachsen-Anhalt ein, damit die Sprachförderung frühzeitig, gezielt und
180 bedarfsgerecht greifen kann. So verbessern wir die Bildungsqualität in der
181 frühen Kindheit und erkennen Förderbedarfe rechtzeitig. Dadurch können für alle
182 Kinder bessere Startchancen geschaffen werden.

183 Kinderstuben der Demokratie

184 Wir wollen Kitas zu „Kinderstuben der Demokratie“ machen. Beteiligungsformen und
185 Beteiligungskonzepte über eine personell gut aufgestellte Fachberatung fördern
186 und gelungene Ansätze mit einem Kita-Demokratiepreis honorieren. Kinder können
187 auf diese Art frühzeitig einen demokratischen Sinn entwickeln und lernen, eigene
188 Handlungsfähigkeit und Selbstwirksamkeit. Dies dient auch der Prävention von
189 politischem Extremismus und politischer Radikalisierung in späteren Jahren.

190 Kitas als Familienzentren stärken

191 Kitas sind auch soziale Treffpunkte. Wir wollen sie als offene Anlaufstellen für
192 Bildung, Betreuung und Erziehung weiterentwickeln und enger mit Angeboten der
193 Familienbildung verzahnen. Dazu unterstützen wir den weiteren Ausbau von Kinder-
194 und Familienzentren. Gleichzeitig soll Elternarbeit verbindlich in die
195 Personalschlüssel einbezogen werden, da Erzieher*innen zentrale
196 Vertrauenspersonen sind, die die Familien unter anderem an Hilfsangebote und
197 Sozialleistungen heranführen.

198 Chancengerechtigkeit und Vielfalt von Anfang an

199 Wir setzen auf gezielte Schulungsmaßnahmen in Kitas, um eine
200 geschlechterneutrale Erziehung zu fördern und stereotype Rollenbilder von Anfang
201 an abzubauen. So schaffen wir mehr Gleichstellung, stärken Vielfalt und sorgen
202 dafür, dass alle Kinder unabhängig von Herkunft oder Geschlecht die gleichen
203 Entwicklungs- und Bildungschancen erhalten.

204 3.3 Starke Schulen für Sachsen-Anhalt

205 Schule muss ein Ort sein, an dem sich alle Kinder und Jugendlichen zugehörig
206 fühlen. Neben der Familie prägt sie ihren Alltag wie kein anderer Ort. Hier
207 entwickeln sich Persönlichkeiten, hier wird miteinander gelebt, gemeinsam für
208 die eigene Zukunft gelernt, diskutiert und gelacht. Genau deshalb ist es
209 entscheidend, dass sich jeder junge Mensch an diesem Ort gesehen, angenommen und
210 respektiert fühlt. Nur so schaffen wir ein positives Lernumfeld.

211 Bildungserfolg für alle – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern

212 Ein wohnortnaher Zugang zu Bildung gehört zur Bildungsgerechtigkeit. Darum
213 sollen kleine Grundschulen in ländlichen Räumen erhalten bleiben, um kurze
214 Schulwege zu gewährleisten und lebendige Dorfgemeinschaften zu erhalten. Dafür
215 soll der Sonderstatus „Dorfgrundschule“ geschaffen und modellhaft Lösungen mit
216 jahrgangsübergreifendem Lernen, digitaler Unterstützung und multiprofessionellen
217 Schulteams entwickelt werden. Eine weitere Möglichkeit, Schulen in ländlichen
218 Räumen zu erhalten, ist es, den Kommunen zu ermöglichen, diese zu Dritten Orten
219 weiterzuentwickeln und so eine Mehrzwecknutzung der Gebäude nach dem Unterricht

220 sowie am Wochenende zu schaffen. So können Schulen neben Bildungsorten auch zu
221 Orten der Gemeinschaft für alle weiterentwickelt werden.

222 Sinkende Schüler*innenzahlen begreifen wir als Chance für bessere Bildung. Dafür
223 wollen wir die frei werdenden Kapazitäten nutzen, um kleinere Klassen,
224 intensivere Betreuung und mehr Bildungsqualität zu ermöglichen. Statt Personal
225 abzubauen, lehnen wir die Entlassung von pädagogischem Personal ausdrücklich ab.

226 Damit alle Kinder Zugang zu wichtigen Freizeit- und Bildungsangeboten erhalten,
227 müssen Ganztagschulen flächendeckend ausgebaut werden. Deshalb wollen wir alle
228 allgemeinbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt zu Schulen mit Ganztagsangebot
229 weiterentwickeln und den Ausbau der Ganztagsangebote konsequent vorantreiben.
230 Dabei sollen an allen Schulen Angebote von Volkshochschulen, Musikschulen,
231 Sportvereinen sowie aus dem Ehrenamt in den Ganztage eingebunden werden, sodass
232 allen Schüler*innen ein möglichst kostenfreier oder zumindest kostengünstiger
233 Zugang zu kultureller, sportlicher und ehrenamtlicher Bildung ermöglicht wird.

234 Gleichzeitig stärken wir die Gemeinschaftsschule als Regelschule, damit längeres
235 gemeinsames Lernen ermöglicht wird. Vielfältige Angebote wie Sport, Musik und
236 Kultur sollen fest in den Schulalltag integriert werden.

237 Wir fordern, dass an allen weiterführenden Schulen, unabhängig von der
238 Schulform, verbindlich sowohl eine Berufs- als auch Studienorientierung
239 angeboten wird, um Schüler*innen frühzeitig auf ihre künftige Berufs- und
240 Bildungswelt vorzubereiten.

241 Der Zugang zu Lernmitteln, ebenso wie zu gesundem Mittagessen und zu
242 Menstruationsprodukten in der Schule muss kostenfrei sein.

243 Bestehende finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Klassenfahrten und -
244 ausflüge werden oft nicht genutzt, weil der Zugang für viele Familien erschwert
245 ist. Schulen sollen deshalb aktiv informieren und Familien bei Bedarf durch
246 Lehrkräfte oder Schulsozialarbeiter*innen bei der Antragstellung unterstützen.

247 Inklusion zum Normalfall machen

248 Kinder mit und ohne Behinderung sollen gemeinsam in Schulen lernen, wachsen und
249 voneinander profitieren. Dieses gemeinsame Lernen ist ein verbrieftes Recht
250 aller Kinder und eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sie frühzeitig
251 wertvolle Erfahrungen im Umgang mit Unterschieden sammeln können. Die Trennung
252 durch Förderschulen führt zu Stigmatisierung und mindert die Bildungs- und
253 Lebenschancen der Kinder mit Behinderung. Deswegen wollen wir den gemeinsamen
254 Unterricht zum Normalfall machen, die Zahl der Förderschulen in Sachsen-Anhalt
255 deutlich reduzieren und dafür die Voraussetzungen für inklusiven Unterricht an
256 allen Schulen schaffen. Beginnen wollen wir mit der vollständigen Abschaffung
257 der Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen. Die Lehrkräfte dieser
258 Förderschulen werden den gemeinsamen Unterricht an den Regelschulen ermöglichen
259 und unterstützen.

260 Um Schüler*innen, die auf Lernhilfen angewiesen sind, während ihres Schulalltags
261 zu unterstützen, möchten wir außerdem neben den Schulbegleiter*innen, für die
262 wir zukünftig eine Qualifikation vorsehen, Eingliederungshilfen etablieren.

263 Schüler*innen, die aufgrund eines Förderbedarfs auf Unterstützung angewiesen
264 sind, sollen diese durch qualifizierte Schulbegleiter*innen erhalten. Diese

265 müssen den gesamten Schultag des Kindes begleiten. Eine analoge Lösung sehen wir
266 für den Hort-Besuch vor. Auch die Leistungen der Eingliederungshilfe sollen den
267 Schüler*innen im Bedarfsfall regelhaft gewährt werden.

268 Bei den noch übrigen Förderschulen unterstützen wir die Wahlfreiheit der Eltern
269 für den gemeinsamen Unterricht durch eine Streichung der Vorbehaltsklausel im
270 Schulgesetz.

271 Längeres gemeinsames Lernen, um Chancengerechtigkeit zu stärken

272 Als ersten Schritt für mehr Chancengerechtigkeit fordern wir die Verlängerung
273 der gemeinsamen Grundschulzeit bis zur 6. Klasse, um soziale Unterschiede
274 abzubauen und Kindern mehr Zeit für ihre persönliche und schulische Entwicklung
275 zu geben. Langfristig wollen wir uns dafür einsetzen, dass alle Kinder von der
276 ersten bis zur 10. Klasse in einer Schule oder einem Schulcampus gemeinsam
277 lernen können.

278 Zusätzlich setzen wir uns für die Stärkung der flexiblen Schuleingangsphase ein.
279 Kinder lernen dort in altersgemischten Gruppen und können entsprechend ihrer
280 Entwicklung zwei bis drei Jahre dort verweilen. So bekommt jedes Kind die nötige
281 Zeit, sich zu entwickeln, ohne Stigmatisierung und Leistungsdruck durch
282 Sitzenbleiben zu erfahren.

283 Sekundarschulen wollen wir als Schulform abschaffen. Stattdessen soll es in
284 Sachsen-Anhalt neben Gymnasien vor allem Gemeinschaftsschulen geben, damit mehr
285 Kinder die Chance haben, an einer Schule alle Abschlüsse vom Hauptschulabschluss
286 bis zum Abitur erreichen zu können. Die Umwandlung von Sekundarschulen zu
287 Gemeinschaftsschulen sowie die Neugründung von Gemeinschaftsschulen wollen wir
288 fördern. Damit Gemeinschaftsschulen zu einer echten Alternative zum Gymnasium
289 werden können, muss sichergestellt werden, dass es an jeder Gemeinschaftsschule
290 eine gymnasiale Oberstufe gibt.

291
292 Leistungsbewertung individualisieren, Belastungsdruck herausnehmen

293
294 Wir setzen uns für eine deutliche Verringerung der Benotungen im allgemeinen
295 Schulbetrieb und den Ersatz durch dialogorientierte Rückmeldeformate ein, die
296 individuelle Lernfortschritte, Fähigkeiten und Entwicklungspotenziale stärker
297 berücksichtigen. In Neigungs- und Talentfächern sollen Noten generell
298 abgeschafft werden. Noten können komplexe Leistungen oft nur eingeschränkt
299 abbilden und werden zudem unterschiedlich eingeordnet. Deshalb sollten Schulen
300 verstärkt auf ergänzende Formen der Leistungsrückmeldung setzen, die
301 differenzierter auf die Stärken und Unterstützungsbedarfe einzelner
302 Schüler*innen eingehen. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, Leistungsdruck
303 und psychische Belastungen im Schulalltag zu reduzieren.

304 Das sogenannte "Sitzenbleiben" soll im wesentlichen eine freiwillige und
305 individuelle Entscheidung der Schüler*innen und Eltern werden.

306 Wir wollen Leistungskurse in Geisteswissenschaften in der gymnasialen Oberstufe
307 einführen. Bei wachsender Bedeutung von künstlicher Intelligenz in allen
308 Lebensbereichen und steigendem ideologischen Druck durch Autokraten auf unsere
309 Gesellschaft muss eine intensive Auseinandersetzung mit dem Denken im
310 schulischen Rahmen als Resilienz gegenüber AI Slob und Fake News möglich werden.
311 Gleichzeitig bietet sich damit die Chance, neben dem Effizienzdenken der

312 Naturwissenschaften eine Reflexion über die Selbstverständigung der Gesellschaft
313 lebendig in Gang zu halten.

314 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass es Gymnasien wieder ermöglicht
315 wird, das Abitur nach 13 Schuljahren (G9) einzuführen. Ein längerer Bildungsweg
316 bietet Schüler*innen mehr Zeit für persönliche Entwicklung, außerschulisches
317 Engagement und vertiefendes Lernen.

318 Lehrkräftemangel bekämpfen und bessere Arbeitsbedingungen schaffen

319 Für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte fordern wir ein
320 verpflichtendes Arbeitszeitkonto und multiprofessionelle Teams.
321 Schulsozialarbeiter*innen, IT-Fachkräfte, Schulpsycholog*innen und
322 Verwaltungskräfte können Aufgaben übernehmen, die Lehrkräfte entlasten, damit
323 sie mehr Freiraum erhalten, sich auf die Gestaltung und Durchführung ihres
324 Unterrichts zu konzentrieren. Wir treten zudem für die Einführung
325 professioneller Beratungs- und Unterstützungsangebote (Supervision) für
326 Lehrkräfte ein, damit sie Belastungen durch den Schulalltag besser bewältigen
327 können.

328

329 Zudem bedarf es einer stärkeren Förderung für Seiteneinsteiger*innen in den
330 Lehrer*innenberuf durch eine qualifizierte berufsbegleitende Ausbildung und die
331 Zulassung von Ein-Fach-Lehrkräften. So kann gleichzeitig dem Lehrer*innenmangel
332 effektiv entgegengewirkt werden. Dabei ist uns wichtig, dass die Löhne der
333 Seiteneinsteiger*innen nach entsprechender Qualifizierung und Bewährung an die
334 der anderen Lehrkräfte angepasst werden Denn gleiche Arbeit verdient gleichen
335 Lohn.

336 Wir setzen uns für Sonderzuschläge auf das Gehalt von Lehrkräften für mindestens
337 fünf Jahre ein, die in strukturschwachen Regionen, stark belasteten Schulformen
338 oder in Mangelfächern unterrichten. Durch die gezielte Anerkennung in diesen
339 Bereichen wollen wir den Lehrerberuf genau dort attraktiver gestalten, wo der
340 Bedarf am größten ist.

341 Wir fordern, dass Schulen mehr Eigenverantwortung erhalten, indem sie flexiblere
342 Unterrichtsmodelle umsetzen können und ein Schulbudget zur Verfügung gestellt
343 bekommen, das von der Schulleitung eigenständig verwaltet wird.

344 Lehramtsausbildung modernisieren und attraktiver machen

345 Statt des bisherigen schulformbezogenen Lehramts setzen wir uns für die
346 Einführung eines generalisierten Lehramts für weiterführende Schulen
347 (Stufenlehramt) ein, um flexibler auf die Bedürfnisse der Schulen und Kinder
348 reagieren zu können.

349 Wir setzen uns außerdem für die Entwicklung eines neuen Primarstufenlehramts für
350 das Grundschulalter ein, bei dem angehende Lehrkräfte auf inklusives Lernen und
351 den Umgang mit Kindern mit Förderbedarf vorbereitet werden.

352 Mit Blick auf die zunehmende Vielfalt der Schüler*innen sollen alle Lehrkräfte
353 entsprechend aus- und weitergebildet werden, um allen Kindern Bildung zu
354 ermöglichen.

355

356 Wir setzen uns für die Einführung des Ein-Fach-Lehramts ein, mindestens für die
357 Fächer Kunst, Musik und Sport, da viele Studierende diese Disziplinen aus großer
358 Leidenschaft wählen. Hier werden die Auswahl und das Studium eines zweiten

359 Faches oft als Belastung wahrgenommen. Das Anerkennen von Ein-Fach-
360 Lehramtsstudienabschlüssen in Sachsen-Anhalt würde auch die Einstellung von
361 internationalen Lehrkräften in Sachsen-Anhalt fördern.

362

363 Gleichzeitig plädieren wir dafür, das Angebot an Lehramtsstudiengängen an der
364 Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und an der Otto-von-Guericke-
365 Universität Magdeburg dauerhaft auszubauen. Das duale Lehramtsstudium an der
366 Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ist ein Erfolgsmodell. Wir wollen
367 deshalb an beiden Universitäten die Möglichkeit eines dualen Lehramtsstudiums
368 ausbauen bzw. neu anbieten.

369 Wir fordern eine Verbesserung des Referendariats durch höhere Bezahlung und
370 intensivere Betreuung durch erfahrene Lehrkräfte. Diese Maßnahmen sollen
371 sicherstellen, dass junge angehende Lehrer*innen besser auf die
372 Herausforderungen der Praxis vorbereitet sind.

373 Mehr Geld in unsere Schulen investieren

374 Wir setzen uns entschieden für die deutliche Erhöhung der Investitionen in
375 Schulgebäude und deren Ausstattung ein, indem ein umfassendes Schulbauprogramm
376 initiiert wird. Dieses Programm soll dringend benötigte Sanierungen und
377 inklusive Lernumgebungen ermöglichen. Denn ein angenehmes und anregendes
378 Lernklima ist essenziell für den Bildungserfolg, das Wohlbefinden und die
379 Teilhabe von Schüler*innen und Lehrer*innen, weshalb die bauliche und technische
380 Modernisierung der Schulen eine unserer Prioritäten darstellt.

381 Als Sofortprogramm starten wir eine "Schulklo-Offensive", um die Schultoiletten
382 an allen Schulen in Sachsen-Anhalt in einen angemessenen baulichen und
383 hygienischen Zustand zu versetzen.

384 Wir setzen uns für die Einführung eines landesspezifischen Schulsozialindex
385 ein, der die gezielte Verteilung zusätzlicher finanzieller Mittel an Schulen mit
386 besonderen Herausforderungen ermöglicht, wie etwa solchen in einkommensschwachen
387 oder ländlichen Regionen. Unser Ziel ist es, vom Gießkannenprinzip abzuweichen
388 und dort gezielt zu unterstützen, wo der Bedarf am größten ist, damit Bildung
389 allen Schüler*innen faire Chancen bietet.

390 Darüber hinaus streben wir eine faire und transparente Finanzierung der freien
391 Schulen in Sachsen-Anhalt an.

392 Wir fordern auch eine deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel für
393 Inklusion im allgemeinen Schulsystem.

394 Schließlich wollen wir die flächendeckende Wiedereinführung von
395 Schulsekretariaten, um Versorgungsengpässe zu beseitigen und so die
396 Schulleitungen zu entlasten.

397 Schulsozialarbeit als festen Bestandteil von Schule verankern

398 Wir setzen uns für eine massive Stärkung der mobilen Jugendarbeit und der
399 Schulsozialarbeit ein, da sie die Grundpfeiler einer wirkungsvollen
400 Jugendpolitik bilden. Mobile Angebote und sozialpädagogische Unterstützung in
401 Schulen ermöglichen es, junge Menschen frühzeitig zu erreichen und präventiv auf
402 schwierige Lebenssituationen zu reagieren.

403 Wir setzen uns für die Ausweitung des „Startchancen“-Programms ein, durch das an
404 jeder Schule mindestens eine*e fest angestellte*r Schulsozialarbeiter*in
405 vorgehalten wird und in Landkreisen und kreisfreien Städten ein
406 Schulpsycholog*innenpool aufgebaut wird. Zudem braucht es Personal, um die
407 Zusammenarbeit zwischen Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zu
408 verbessern. Dies hilft, Schulabbrüche und -suspendierungen zu verhindern, und
409 unterstützt Schüler*innen bei persönlichen Herausforderungen. Aktuelle
410 Regelungen zur Suspendierung von Schüler*innen wollen wir entschärfen.

411 Wir setzen uns für die Sicherstellung der Finanzierung der Schulsozialarbeit
412 durch eine enge Zusammenarbeit von Land und Kommunen ein, damit diese wichtige
413 Unterstützung dauerhaft gesichert ist. Auf unserer Agenda steht auch die
414 Einrichtung eines Nothilfefonds für verschuldete Kommunen, damit finanzschwache
415 Landkreise trotz leerer Kassen ihren Anteil an der Schulsozialarbeit zahlen
416 können.

417 Entschlossen gegen Mobbing vorgehen

418 Wir möchten ein Landesaktionsprogramm gegen Mobbing etablieren. Studien zeigen
419 eine hohe Quote an Mobbingfällen sowohl an Schulen als auch in der Arbeitswelt.
420 Es zeigt sich, dass betroffene Täter*innen und Opfer ihre Rollen oftmals von der
421 Schule ins Berufsleben übertragen. Daher gilt es, frühzeitig zu intervenieren
422 und präventiv zu handeln. Dazu braucht es eine starke Schulsozialarbeit ebenso
423 wie ein Schulklima, das auf Kooperation und Miteinander setzt. Das wollen wir im
424 Schulgesetz verankern, in die Curricula von Studium und Fortbildung aufnehmen
425 und im Sozialkundeunterricht vermitteln. Aktionswochen und Aktionstage wie auch
426 kontinuierliche Konzeptarbeit in Kitas, Schulen und Betrieben zu Anti-Mobbing-
427 Ansätzen wollen wir fördern. Zur Bündelung und Sichtbarkeit des Programms wird
428 ein jährlicher Anti-Mobbing-Tag ins Leben gerufen. Das Landesprogramm wollen wir
429 in Abstimmung mit den Krankenkassen, dem Landespräventionsrat, dem
430 Landesschülerrat und den Gewerkschaften erarbeiten.

431 Schulen digital gestalten

432 Der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur an allen Schulen hat für
433 uns eine hohe Priorität. Schnelles Internet, WLAN für alle, digitale Tafeln und
434 ausreichend Endgeräte für Schüler*innen und Lehrkräfte sollen modernes Lernen
435 überall möglich machen.

436 Digitalisierung an Schulen darf aber kein Selbstzweck sein. Wir brauchen eine
437 moderne IT-Infrastruktur, aber vor allem pädagogische Konzepte für den Einsatz
438 digitaler Medien und eine bessere Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte. Wir
439 fordern den Einsatz von IT- und Digitalassistent*innen an jeder Schule, um
440 technischen Support sicherzustellen und Lehrkräfte bei der Nutzung digitaler
441 Medien zu unterstützen. Dies sollte die bereits etablierte Digitalassistent*innen des
442 Landesinstituts für Schulqualität und Lehrerbildung zukünftig als Hauptaufgabe
443 übernehmen und ist entsprechend zu verstätigen. Digitale Anwendungen sollen als
444 Ergänzung zum Lernen in Schulen eingesetzt werden und digitale Lernangebote
445 sollen dabei gleichwertig zu konventionellen Methoden bereitgestellt werden.
446 Diese Gleichstellung fördert die Flexibilität und Bildungsgerechtigkeit, da so
447 Schüler*innen unabhängig von persönlichen oder familiären Voraussetzungen die
448 gleichen Lernchancen haben.

449 Vielfalt fördern – Integration und Demokratiebildung stärken

450 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder mit Migrationshintergrund in Sachsen-
451 Anhalt umgehend schulpflichtig werden und so schnell wie möglich in Regelklassen
452 integriert werden.

453 Wir fordern die Bereitstellung von mehr Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache
454 an Schulen, die viele Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse aufnehmen, um
455 sicherzustellen, dass alle Schüler*innen erfolgreich lernen können. Hierfür
456 braucht es eine quotierte Anzahl von DAZ-Lehrkräften. Darüber hinaus setzen wir
457 uns für den Einsatz von Sprach- und Kulturmittler*innen ein, um die
458 Kommunikation zwischen Schulen, Schüler*innen und Eltern zu verbessern und
459 gezielte Unterstützung für Familien zu gewährleisten. Zusätzlich plädieren wir
460 für mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote an Schulen, damit Eltern
461 von Kindern mit Fluchterfahrung oder Migrationshintergrund sich besser
462 informieren und stärker in das Schulleben ihrer Kinder einbringen können.

463
464 Wir wollen Kinder vor Diskriminierung, Mobbing, Rassismus und Queerfeindlichkeit
465 an allen Schulen schützen. Hierfür stärken wir gezielt Beratungsangebote sowie
466 Präventionsprogramme und unterstützen Netzwerke wie „Schule ohne Rassismus –
467 Schule mit Courage“ in ihrer wichtigen Arbeit vor Ort. Wir setzen für Schulen
468 eine unabhängige landesweite Ombudsstelle für Diskriminierung und Übergriffe
469 jeglicher Art, verbal und körperlich ein, an die sich Schüler*innen, Eltern und
470 Lehrkräfte zur (anonymen) Meldung von Vorfällen und zur (anonymen) Beratung im
471 Umgang mit diesen wenden können. Gleichzeitig wollen wir verbindliche
472 regelmäßige Fortbildungen von Lehrer*innen im Bereich der Diskriminierung, um
473 sie zu sensibilisieren und um ihnen wirksame Werkzeuge im Umgang mit
474 Diskriminierung und Übergriffen an die Hand zu geben.

475 Wir setzen uns entschieden dafür ein, die Mitbestimmung von Schüler*innen auf
476 allen Ebenen der Schule zu stärken, um Demokratie für junge Menschen früh
477 erfahrbar zu machen. Demokratiebildung soll als zentrales Leitprinzip
478 fächerübergreifend in den Schulalltag integriert werden, sodass Schüler*innen
479 aktiv die Inhalte des Unterrichts mitgestalten können. Um echte Mitbestimmung zu
480 gewährleisten, fordern wir neben Schüler*innenvertretungen auch die Einführung
481 weiterer Gremien wie Klassenräte und Schüler*innenparlamente. Darüber hinaus
482 soll in der Schulkonferenz die Drittelparität eingeführt werden, damit
483 Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte sowie die Schulleitung gleichberechtigt
484 mitentscheiden können.

485 Für die Zukunft lernen

486 Wir setzen uns für eine verbindliche Vermittlung digitaler Kompetenzen im
487 Unterricht ein. Dafür wollen wir nach dem Vorbild Baden-Württembergs ein
488 Unterrichtsfach „Informatik und Medienbildung“ schaffen, das verpflichtend von
489 Klasse 5 bis 10 bzw. 11 an allen allgemeinbildenden Schulen durchgängig
490 angeboten werden soll. In diesem neuen Fach erwerben Schüler*innen zunächst im
491 Bereich der Medienbildung Kompetenzen wie das kritische Hinterfragen von
492 Inhalten in sozialen Medien, das Erkennen KI-generierter Inhalte sowie
493 grundlegendes Wissen zu Datenschutz und Datenethik. In höheren Klassenstufen
494 entwickeln die Schüler*innen ein Verständnis für die Funktionsweise von
495 Algorithmen und KI und erlernen Grundlagen des Programmierens in textbasierten
496 Programmiersprachen. Ziel ist es, die Schüler*innen zu befähigen, sich sicher,
497 verantwortungsvoll und selbstständig in einer digitalen Welt zu bewegen.

498 Klima, Ernährung und Landwirtschaft sowie Nachhaltigkeit müssen über Bildung für
499 nachhaltige Entwicklung (BNE) einen festen Platz im Schuljahresplan erhalten.
500 Deswegen stärken wir die Bildung für nachhaltige Entwicklung als
501 fächerübergreifenden Lehrinhalt an unseren Schulen. Dafür sollen Träger der
502 Bildung für nachhaltige Entwicklung finanziell besser ausgestattet werden, um
503 entsprechende Projekte gemeinsam mit den Schulen realisieren zu können.

504 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder frühzeitig Zugang zu Natur und Kultur
505 erhalten, indem der Besuch von Natur- und Kulturstätten fest in den
506 Bildungsalltag integriert wird. Kulturelle Bildung von Anfang an ist für uns ein
507 zentraler Bestandteil ganzheitlicher Entwicklung. Deshalb wollen wir die
508 Kooperation zwischen Kultur- und Bildungseinrichtungen – insbesondere Kitas und
509 Schulen – strukturell und finanziell stärken und mittels des etablierten LISA-
510 Projektes KreaS (Kultur regional engagiert aktivieren durch Schule) dauerhaft
511 absichern.

512 Wir wollen die Entstehung von Schulgärten und grünen Klassenzimmern im Freien
513 fördern. Dazu gehört auch das Errichten von Schulküchen in den Schulen und die
514 Bildung zur gesunden Ernährung für alle Kinder.

515 **3.4 Ausbildung und lebenslanges Lernen**

516 Eine gute Ausbildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Arbeitsleben –
517 und für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Doch noch immer hängen
518 Ausbildungschancen zu stark von der sozialen Herkunft ab oder sind verbaut durch
519 praktische Hürden. Das wollen wir ändern.

520 Wir setzen uns für faire Bedingungen, verlässliche Unterstützung und echte
521 Perspektiven ein – vom Start in die Ausbildung über eine faire Bezahlung bis hin
522 zum lebenslangen Lernen.

523 Ausbildung muss fairer werden

524 Die generelle Schulgeldfreiheit in allen Ausbildungsberufen ist für uns ein
525 zentrales Ziel, damit der Zugang zu Bildung nicht vom Geldbeutel abhängt. Das
526 gilt insbesondere für schulische Ausbildungen und Gesundheitsberufe, bei denen
527 wir das Schulgeld künftig komplett abschaffen wollen. Darüber hinaus sorgen wir
528 für eine tariflich gebundene Ausbildungsvergütung, um faire Bedingungen für
529 Auszubildende zu sichern.

530 Umzug, Mietkaution, Laptop und Bücher – der Start in einen neuen Lebensabschnitt
531 kann viele Auszubildende vor große finanzielle Herausforderungen stellen. Um den
532 Start in eine Ausbildung auch denjenigen möglich zu machen, die keine
533 finanzielle Unterstützung aus dem Elternhaus bekommen können, werden wir eine
534 einmalige Ausbildungsstarthilfe in Anlehnung an die Studienstarthilfe des Bundes
535 einführen.

536
537 Um die Ausbildung in der Fläche attraktiver zu machen, unterstützen wir den Bau
538 von Wohnheimen für Auszubildende nach dem Vorbild klassischer
539 Studierendenwohnheime.

540 Bestehende und künftige Wohnheime für Studierende wollen wir perspektivisch
541 sowohl für Studierende, als auch für Auszubildende öffnen. Gleichzeitig sichern

542 wir den Erhalt der Berufsschulstandorte im ganzen Land und garantieren, dass in
543 jedem Landkreis mindestens eine Schule bestehen bleibt.

544 Wir wollen als Land gemeinsam mit den Berufsvertretungen ein Modell entwickeln,
545 das im Berufsschulanteil einer jeden Ausbildung im Land so viel Unterricht wie
546 möglich in der Nähe zum Ausbildungsbetrieb absichert. Unterricht in anderen
547 Bundesländern soll nur für Fachspezifika erfolgen.

548 Damit junge Menschen in dieser Phase ihres Lebens nicht allein gelassen werden,
549 setzen wir uns zudem für eine feste Stelle der Schulsozialarbeit an jeder
550 Berufsschule ein.

551 Jugendberufsagenturen und praxisnahe Orientierungsangebote

552 Der Erhalt und Ausbau rechtskreisübergreifender Jugendberufsagenturen im ganzen
553 Land ist uns ein zentrales Anliegen, um Übergänge von Schule in Ausbildung und
554 Arbeit zuverlässig zu begleiten. Besonders benachteiligte Jugendliche sollen
555 durch stärkere sozialpädagogische Begleitung unterstützt werden, damit sie
556 motiviert bleiben und erfolgreich ins Berufsleben starten können. Wir fördern
557 die Vernetzung von Schulen, Betrieben, Jobcentern und Jugendhilfe, um nahtlose
558 Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Arbeit zu gewährleisten.

559 Außerdem wollen wir praxisnahe Angebote wie Grüne Praktika, Solarcamps oder
560 Werkstatttage ausweiten, damit junge Menschen frühzeitig konkrete
561 Berufserfahrungen sammeln und ihre Interessen entdecken können. Auch
562 überbetriebliche Ausbildungsverbünde, insbesondere in Klimaberufen, sollen
563 gezielt unterstützt werden, um Fachkräfte für zukunftssträchtige Berufe
564 auszubilden. Ergänzend etablieren wir Förderprogramme zur Weiterbildung für
565 Beschäftigte mit Fokus auf grüne Kompetenzen.

566 Überbetriebliche Ausbildungsverbünde, insbesondere in Klimaberufen, sollen
567 gezielt unterstützt werden, um Fachkräfte für zukunftssträchtige Berufe
568 auszubilden. Hierfür sollen praxisnahe Angebote wie Praktika oder Werkstatttage
569 ausgeweitet werden.

570 Erwachsenenbildung

571 Lebenslanges Lernen muss wohnortnah möglich sein. Wir stärken Volkshochschulen
572 und freie Träger der Erwachsenenbildung als unverzichtbare Anlaufstellen.
573 Insbesondere in ländlichen Regionen bauen wir Bildungsangebote aus und setzen
574 auf digitale und hybride Formate, damit Weiterbildung nicht an Entfernungen
575 scheitert.

576 Bildungsurlaub ist eine Sonderform des Urlaubs, welcher zum Zweck der
577 persönlichen Weiterbildung genommen werden kann. Wir wollen in Sachsen-Anhalt
578 die gesetzlichen Voraussetzungen für den Bildungsurlaub in einem neuen
579 Bildungszeitgesetz stärken und unter anderem ermöglichen, dass politische und
580 kulturelle Bildung sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung als Bildungsurlaub
581 anerkannt werden. Damit Unternehmen den Bildungsurlaub von Arbeitnehmer*innen
582 nicht wegen ausfallender Einnahmen ablehnen, setzen wir uns dafür ein, dass den
583 Beschäftigungstellen eine Pauschale als Ersatz für die Lohnfortzahlung gezahlt
584 wird. Damit der Zugang zu Bildungsurlaub nicht an der Höhe des Einkommens
585 scheitert, wollen wir einen Härtefallfonds einführen, über den die Kursgebühren
586 übernommen werden können.

587 Bildungschancen für alle heißt für uns auch, dass niemand ohne Grundkenntnisse
588 oder Schulabschluss in Sachsen-Anhalt zurückbleibt. Wir weiten
589 Alphabetisierungs- und Grundbildungsprogramme aus, beispielsweise an
590 Volkshochschulen in Kooperation mit Betrieben. Zudem bauen wir den zweiten
591 Bildungsweg aus, etwa durch Abendschulen oder Online-Lernangebote, damit
592 Erwachsene in jedem Alter und besonders in ländlichen Räumen Schulabschlüsse
593 nachholen können.

594 Insbesondere die sprachliche Weiterbildung ist der Schlüssel zur
595 Arbeitsmarktintegration für Zugewanderte. Wir stärken deshalb Deutschkurse, auch
596 berufsbegleitend, und bieten mehr flexible Sprachlernangebote für Migrant*innen
597 an, damit Zugewanderte ihr Potential voll entfalten und wir dem Fachkräftemangel
598 hierzulande effektiv entgegenwirken können.

599 **3.5 Starke Hochschulen für ein innovatives** 600 **Sachsen-Anhalt**

601 Wissenschaftliche Erkenntnisse werden zunehmend zum Gegenstand politischer
602 Angriffe, mit dem Ziel, Zweifel zu erzeugen, wo Konsens besteht. Besonders
603 betroffen ist Forschung, deren Erkenntnisse politisch unbequem sind. Ein
604 resilientes Wissenschaftssystem schützt sowohl Institutionen als auch die
605 Integrität des Wissens selbst und ist Grundlage für evidenzbasierte,
606 demokratische Entscheidungsfindung. Wir verteidigen die Wissenschaftsfreiheit
607 und Hochschulautonomie in Sachsen-Anhalt gegen wissenschaftsfeindliche
608 Einflussnahme und sorgen dafür, dass unsere Universitäten, Hochschulen und
609 Forschungsinstitutionen ein sicherer und attraktiver Lehr- und Arbeitsort für
610 sachsen-anhaltische und internationale Studierende und Forschende bleiben.

611 Ausgaben in Wissenschaft, Forschung und Innovation sind Zukunftsinvestitionen.
612 Hochschulen mit wissenschaftlichem, gesellschaftlichem und wirtschaftlichem
613 Impact brauchen eine solide finanzielle Grundlage und Planungssicherheit. Daher
614 erhöhen wir die Grundfinanzierung des Landes für Hochschulen weiter, um
615 zumindest die Inflation und steigende Energie- und Baukosten aufzufangen.
616 Bundesmittel aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre werden vollständig an die
617 Hochschulen weitergereicht.

618 Für die nachhaltige Transformation fördern wir Forschung in Zukunftsfeldern wie
619 grüne Wasserstofftechnologien, Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft. Wir
620 investieren in hochleistungsfähige Forschungsrechenzentren in Sachsen-Anhalt,
621 welche die digitale Grundlage für exzellente Forschung in Bereichen wie
622 Materialforschung, Klimamodellierung und KI sind. Wir treiben Innovation durch
623 Kooperation
624 voran, indem Reallabore und Testfelder entstehen, in denen Wissenschaft,
625 Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Lösungen für den Strukturwandel
626 entwickeln.

627 Digitale und demokratische Teilhabe

628 Hochschulen müssen für alle zugänglich sein. Wir verpflichten sie deshalb,
629 bauliche Barrierefreiheit und digitale Zugänglichkeit sicherzustellen.
630 Studienangebote wie Teilzeit- und Fernstudium bauen wir aus, damit Studierende

631 mit Familienverantwortung, Behinderungen oder im Beruf flexibel studieren
632 können.

633 Wir stärken die Hochschuldemokratie. Dafür soll an den Hochschulen und
634 Universitäten Sachsen-Anhalts das studentische Prorektorat als direkter
635 Vermittler zwischen dem Rektorat und den Studierenden eingeführt werden.
636 Ebenfalls setzen wir uns für ein ausgewogenes Modell zur Viertelparität der
637 Statusgruppen in der akademischen Selbstverwaltung ein. Wir wollen
638 Anhörungsrechte für Studierendenvertretungen gesetzlich verankern. Gleichzeitig
639 ermöglichen wir, dass die Studierendenrätekonferenz eine Körperschaft werden
640 kann.

641 Chance auf Bildung für alle

642 Wir kämpfen dafür, dass der Zugang zum Studium und die Chance auf Bildung
643 unabhängig von der finanziellen Situation werden. Studiengebühren lehnen wir aus
644 diesem Grund kategorisch ab. Auch die Zweitstudiengebühren an unseren
645 Hochschulen und Universitäten sollen abgeschafft werden. Auf Bundesebene werden
646 wir uns dafür stark machen, dass das aktuelle BAföG, auf das viele Studierende
647 angewiesen sind, hin zu einem elternunabhängigen BAföG weiterentwickelt wird.
648 Studentische Praktika, egal ob freiwillig oder verpflichtender Bestandteil des
649 Studiums, sollen vergütet werden.

650 Damit alle Menschen unabhängig von Herkunft oder sozialem Hintergrund die
651 gleichen Chancen auf ein Studium haben, fordern wir einen Ausbau der Beratungs-
652 und Unterstützungsangebote für Erstakademiker*innen, Studierende mit
653 Migrationsgeschichte und Studierende aus einkommensschwachen Haushalten.

654 Wir sichern die Arbeit der Studierendenwerke, damit Wohnheime, Mensen,
655 Kinderbetreuung und psychosoziale Beratung bedarfsgerecht und bezahlbar zur
656 Verfügung stehen. Bezahlbares studentisches Wohnen fördern wir durch das
657 Programm „Junges Wohnen“, das den Neubau und die Sanierung von Wohnheimen
658 unterstützt. Kein*e Studierende*r soll das Studium wegen Wohnungsnot oder hoher
659 Lebenshaltungskosten abbrechen müssen. Beim Deutschlandsemesterticket, also dem
660 Deutschlandticket für Studierende, setzen wir uns für Preisvergünstigungen und
661 Preisstabilität ein. Auf Bundesebene treten wir dafür ein, dass der Preis des
662 Deutschlandsemestertickets künftig nicht mehr automatisch mit dem Preis des
663 Deutschlandtickets steigt.

664 Verlässliche Strukturen für starke Karrieren und Wissenschaftsförderung

665 Wir setzen uns für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TV-Stud)
666 ein, der angemessene Löhne, Mindestvertragslaufzeiten und Mitbestimmungsrechte
667 garantiert.

668 Wir setzen uns für mehr Dauerstellen für Daueraufgaben an unseren Universitäten
669 und Hochschulen ein, insbesondere im akademischen Mittelbau. Um Karrierewege in
670 der Wissenschaft zu stärken, weiten wir das Tenure-Track-Programm aus, sodass
671 Nachwuchswissenschaftler*innen frühzeitig die Aussicht auf eine Professur
672 erhalten. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Novelle des WissZeitVG ein. Um
673 alternative Karrierepfade zu ermöglichen, wollen wir langfristig mehr
674 Dauerstellen unterhalb der Professur schaffen und unterstützen die Hochschulen
675 in der Errichtung von Departmentstrukturen, beispielsweise durch Anpassung
676 rechtlicher Rahmenbedingungen.

677 Wir setzen uns dafür ein, den Anteil von Frauen in der Wissenschaft deutlich zu
678 erhöhen, mit dem Ziel, mindestens 40 % Professorinnen zu erreichen. Dies soll
679 durch verbindliche Zielquoten und ein konsequentes Gleichstellungscontrolling
680 unterstützt werden. Zudem werden wir Programme zur Förderung von Frauen in MINT-
681 Fächern sowie von Wissenschaftlerinnen auf ihrem Karriereweg, etwa durch
682 Mentoring und Professorinnenprogramme, weiter ausbauen.

683 Für diese Aufgaben sind Gleichstellungsbeauftragte unverzichtbar. Sie sichern,
684 dass Gleichstellungsziele verbindlich verfolgt, strukturelle Benachteiligungen
685 sichtbar gemacht und wirksame Maßnahmen dauerhaft umgesetzt werden.

686 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass das Lehrangebot und die
687 Forschungsförderung im Bereich der Geschlechterforschung an den Hochschulen und
688 Universitäten des Landes dauerhaft gesichert wird.

689 Für eine nachhaltige Transformation fördern wir Forschung in Zukunftsfeldern wie
690 grüne Wasserstofftechnologien, Bioökonomie (z.B. DiP-Modellregion) und
691 Kreislaufwirtschaft. Gleichzeitig wollen wir Innovation durch Kooperation
692 vorantreiben, indem Reallabore und Testfelder entstehen, in denen Wissenschaft,
693 Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Lösungen für den Strukturwandel
694 entwickeln.

695 Klima- und Tierschutz auch an Hochschulen

696 Sachsen-Anhalts Hochschulen sollen Vorreiter beim Klimaschutz sein. Wir setzen
697 das Ziel, dass alle Hochschulen spätestens bis 2030 klimaneutral arbeiten.
698 Landesseitig unterstützen wir dies mit Investitionsprogrammen und einem
699 Klimaschutzfonds für Hochschulen. Wir initiieren einen

700 „Pakt für nachhaltige Hochschulen“, in dem Landesregierung, Hochschulen,
701 Studierendenwerke und Klima-Initiativen gemeinsam Maßnahmen für mehr
702 Nachhaltigkeit vereinbaren. Stellen im Klimaschutz- und management sowie in
703 Nachhaltigkeitsbüros wollen wir verstetigen und als Daueraufgaben in den
704 Zielvereinbarungen mit den Hochschulen verankern.

705

706 Wir setzen uns für hohe ethische Standards in der Wissenschaft ein. Tierversuche
707 wollen wir auf das absolut nötige Minimum reduzieren und und fördern verstärkt
708 die Entwicklung von tierversuchsfreien Verfahren. Wir setzen uns für bundesweit
709 einheitliche gesetzliche Rahmenbedingungen für Forschung und Industrie ein, um
710 ethisch verantwortliche wissenschaftliche Forschung mit Versuchstieren klar zu
711 regeln.“

712 **3.6 Eine lebendige Kultur als Grundstein unseres** 713 **Zusammenlebens**

714 Kultur stiftet Identität, schafft Zugehörigkeit und eröffnet Menschen die
715 Möglichkeit, an unserer Gesellschaft teilzuhaben. Sie bietet Räume für
716 Austausch, Erinnerung und mutige Innovation. Gerade in Sachsen-Anhalt, mit
717 seiner reichen Geschichte und vielfältigen Kulturlandschaft, ist Kultur ein
718 unverzichtbares Fundament unserer Demokratie. Ob Theater, Bibliothek, Club,
719 Museum oder Dorffest: Kultur bringt Menschen jeden Alters zusammen, belebt Orte
720 und macht unsere Gesellschaft widerstandsfähig. Wichtige kulturelle Orte sind
721 die Kirchen, die Geschichte und Werte vermitteln, kulturelle Arbeit ermöglichen

722 und als unverzichtbarer Bestandteil unserer Kulturlandschaft anerkannt werden
723 sollten. Deshalb treten wir dafür ein, die Vielfalt der sachsen-anhaltischen
724 Kulturlandschaft zu bewahren, angemessen zu finanzieren und für alle zugänglich
725 zu halten, da Kultur ein fundamentaler Pfeiler demokratischer Gesellschaften
726 ist. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, setzen wir uns im Bund dafür ein,
727 dass Kultur als Staatsziel im Grundgesetz aufgenommen wird.

728 Kultur ist ein Grundbedürfnis und gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir
729 fordern, dass Kultur als kommunale Pflicht gesetzlich verankert wird, um
730 sicherzustellen, dass kulturelle Angebote von der Soziokultur bis zur Hochkultur
731 und von lokalen Initiativen bis zum UNESCO-Welterbe beständig gefördert werden.
732 Kulturelle Teilhabe ist ein Menschenrecht. Sie muss inklusiv, barrierefrei und
733 ohne finanzielle Hürden möglich sein und das unabhängig von Herkunft, Einkommen
734 oder Wohnort. Wir bauen Hürden aktiv ab und machen Kultur für alle zugänglich.
735 Deswegen kämpfen wir für ein Förderprogramm, welches den barrierefreien Umbau
736 von Kultureinrichtungen unterstützt, genauso wie für die Einführung des
737 kostenlosen Museumssonntags einmal im Monat, an dem man ohne Eintritt Museen
738 besuchen kann.
739 Wir stärken die Kulturlandschaft Sachsen-Anhalts durch eine verlässliche
740 Finanzierung. Einsparungen im Kulturbereich lehnen wir ab, denn Kultur ist
741 Daseinsvorsorge. Deswegen fordern wir, dass mindestens 1,5 % des Landeshaushalts
742 jedes Jahr für Kultur ausgegeben wird.

743 Für alle Engagierten und Kulturschaffenden vor Ort sind eine verlässliche
744 Förderung sowie eine passgenaue Information und Beratung bei Förderanträgen
745 entscheidend. Deswegen setzen wir uns für die Schaffung einer zentralen
746 landesweiten Beratungsstelle ein, die Kulturschaffende bei Förderprozessen
747 kompetent unterstützt und zu Themen wie Digitalisierung, Nachhaltigkeit und
748 Projektentwicklung berät. Gleichzeitig soll die Antragstellung vereinfacht
749 werden, indem bürokratische Hürden reduziert und Antragsverfahren zugänglicher
750 gestaltet werden.

751 Wir stärken zudem die Hochkultur Sachsen-Anhalts dauerhaft durch eine
752 verlässliche Finanzierung. Die Theater- und Orchesterlandschaft Sachsen-Anhalts
753 ist und bleibt eine wichtige Säule unserer kulturellen Infrastruktur. Wir setzen
754 uns für eine auskömmliche und langfristig gesicherte Finanzierung ein, die
755 Qualität, Vielfalt und faire Arbeitsbedingungen ermöglicht. Dies werden wir in
756 den anstehenden Verhandlungen zu den Theaterverträgen einfordern. Zur Auflösung
757 des Investitionsstaus bei Theatern werden wir einen zeitlich befristeten Fonds
758 auflegen.

759 Wir wollen freie Theater und Spielstätten gezielt unterstützen. Die freien
760 Theater in Sachsen-Anhalt leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen
761 Vielfalt und Innovation. Wir wollen die Projektförderung für freie Theater
762 schrittweise erhöhen und den Anteil an der Gesamtförderung ausbauen. Langfristig
763 streben wir eine institutionelle Förderung freier Ensembles sowie von
764 Theaterhäusern und Produktionsorten an.
765 Wir setzen uns aktiv dafür ein, die Programme zur Förderung von Künstler*innen
766 auszubauen, insbesondere in ländlichen Räumen, um ihre Sichtbarkeit zu erhöhen
767 und den Zugang zu notwendigen Räumen wie Ateliers und Galerien sowie zu
768 Fördermitteln für Arbeitsstipendien zu verbessern. Zudem plädieren wir dafür,
769 Künstler*innennachlässe öffentlich zugänglich zu machen, um das kulturelle Erbe
770 zu bewahren. Wir engagieren uns außerdem für die Einführung von Arbeits- und

771 Aufenthaltsstipendien für nationale und internationale Künstler*innen direkt in
772 Sachsen-Anhalt. Damit sollen Künstler*innen gezielt gefördert und ihnen die
773 Möglichkeit gegeben werden, ihre Projekte vor Ort zu realisieren und sich
774 kreativ zu entfalten.

775

776 Für uns Grüne sind Videospiele Kulturgut. Es ist uns ein Anliegen, dass Sachsen-
777 Anhalt zu einem attraktiven Standort für Games-Entwicklung wird. Im Bereich der
778 Gamesförderung werden wir daher evaluieren, ob Reformen an der Mitteldeutschen
779 Medienförderung erforderlich sind, um sicherzustellen, dass kleinere
780 Entwicklungsstudios in Sachsen-Anhalt niedrigschwellig und verlässlich von den
781 Geldern profitieren können.

782 Freie Szene und Soziokultur stärken

783 Wir setzen uns entschlossen dafür ein, die Freie Szene und die Soziokultur in
784 Sachsen-Anhalt zu stärken, indem wir die Fördermittel für die Freie Szene
785 erheblich erhöhen und mehrjährige Förderverträge als Standard etablieren, um den
786 Akteur*innen Planungssicherheit zu bieten. Zudem engagieren wir uns für die
787 verlässliche Förderung der soziokulturellen Zentren im Land. Zu diesem Zweck
788 werden wir ein Landesprogramm Soziokultur einrichten, das mit mindestens 500.000
789 Euro ausgestattet wird.

790 Clubs und Livemusikspielstätten

791 Clubs und Livemusikspielstätten sind wesentlicher Bestandteil des kulturellen
792 Lebens in Sachsen-Anhalt und verdienen entsprechende Förderung. Sie sind
793 wichtige Begegnungsstätten, Standortfaktoren für attraktive Städte und Anker für
794 die Musikszene. Wir werden die Clubkultur als schützenswertes Kulturgut
795 anerkennen und fördern. Wir legen ein Förderprogramm mit klaren Richtlinien auf,
796 um kleine und mittlere Clubs sowie Musikspielstätten zu unterstützen.
797 Insbesondere feste Spielstätten sollen eine Basisförderung für Sanierungs- und
798 Betriebskosten erhalten. Damit helfen wir Betreiber*innen bei notwendigen
799 Investitionen in Technik, Lärm- und Brandschutz und sichern den laufenden
800 Betrieb. So verhindern wir das Clubsterben in Sachsen-Anhalt.
801 Wir setzen uns außerdem dafür ein, kulturelle Großevents auch in ländlichen
802 Räumen und außerhalb der großen Zentren gezielt zu stärken. Kulturpolitische
803 Förderung darf sich nicht nur auf Metropolen konzentrieren, sondern muss auch
804 Regionen außerhalb der Städte stärker berücksichtigen. Dadurch wird kulturelle
805 Teilhabe in einem breiteren Rahmen ermöglicht. Festivals sind für Wirtschaft und
806 Tourismus relevant, weil sie viele Besucher*innen aus anderen Regionen oder
807 Ländern anziehen und dadurch zusätzliche Nachfrage erzeugen. Gäste geben während
808 ihres Aufenthalts Geld für Unterkünfte, Gastronomie, Transport, Einzelhandel und
809 Freizeitangebote aus, wodurch lokale Unternehmen und die regionale Wirtschaft
810 profitieren. Gleichzeitig erhöhen Festivals die touristische Sichtbarkeit einer
811 Region und tragen zum Image und zur kulturellen Attraktivität eines Ortes bei.

812 Stärkung der Bibliotheks- und Denkmallandschaft

813 Die Bibliotheken unseres Landes sind unverzichtbare Orte der Kultur, Bildung und
814 der Begegnung. Wir setzen uns dafür ein, dass das Bibliotheksgesetz, das zuletzt
815 2010 reformiert wurde, erneuert wird. Dies ist notwendig, denn die
816 Arbeitsbedingungen, aber auch die Anforderungen an Bibliotheken haben sich
817 seitdem stark verändert. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass es so
818 schnell wie möglich einen neuen Bibliotheksentwicklungsplan gibt. Die Erstellung

819 eines neuen Bibliotheksentwicklungsplans wurde auf unseren Antrag hin bereits in
820 der aktuellen Legislaturperiode beschlossen, jedoch von der Landesregierung
821 bislang nicht umgesetzt.

822 Wir möchten obendrein den Zugang zu Bibliotheken erleichtern. Dazu gehört auch,
823 die Sonntagsöffnung von öffentlichen Bibliotheken zu ermöglichen. Auch mobile
824 Bibliotheksangebote wie Fahrbibliotheken und Kooperationen etwa mit Schulen
825 wollen wir stärken.

826 Wir setzen uns für eine stärkere Verknüpfung der Denkmalpflege mit energetischer
827 Sanierung ein, wobei der Fokus auf lösungsorientierten Ansätzen liegen sollte.
828 Historische Gebäude sollen erhalten und gleichzeitig zukunftsfähig gestaltet
829 werden, etwa durch energieeffiziente Maßnahmen, die denkmalverträglich sind.

830 Schließlich fordern wir, dass für öffentliche Neubauten Architekturwettbewerbe
831 zum Standard für Großprojekte werden, mit denen die Qualität, Nachhaltigkeit und
832 baukulturelle Vielfalt in Sachsen-Anhalt gefördert werden. Gleichzeitig erhalten
833 wir historische Bausubstanz, unterstützen Eigentümer*innen bei Sanierungen und
834 fördern neue Nutzungen denkmalgeschützter Gebäude. Industriekultur wollen wir
835 sichtbar und erfahrbar machen. Denn stillgelegte Industrieorte erzählen unsere
836 Geschichte. Wir fördern ihre Erhaltung, Erschließung und kulturelle Nutzung,
837 etwa als Museen, Lernorte oder Kulturzentren.

838 Kulturelle Bildung von Anfang an

839 Wir fordern, dass der KulturPass 2.0 in Sachsen-Anhalt eingeführt wird. Mit
840 diesem sollen 18-jährige Sachsen-Anhalter*innen 200 Euro Guthaben für kulturelle
841 Angebote erhalten. Wir unterstützen Kulturbetriebe dabei, technisch
842 niedrigschwellige Voraussetzungen zu schaffen, um entsprechende Angebote zu
843 gewährleisten. Dieser KulturPass soll für alle kulturellen Angebote einlösbar
844 sein, von Clubs und Konzerten über Theater und Museen bis zur Bibliothek und
845 Buchhandlungen. Er ermöglicht allen Jugendlichen den Zugang zu Kunst und Kultur,
846 selbst wenn das Geld knapp ist. Perspektivisch wollen wir den KulturPass
847 weiterentwickeln, um Kultur für finanziell benachteiligte Gruppen zugänglicher
848 zu machen.

849 Auf lange Sicht engagieren wir uns für mehr kulturelle Bildung über alle
850 Bildungsphasen hinweg, von Kitas über Schulen bis hin zu außerschulischen
851 Lernorten und Weiterbildungseinrichtungen. Dazu gehört für uns auch die
852 Förderung der Erinnerungskultur: das Stärken und Schützen von Gedenkstätten,
853 Museen, Archiven und Initiativen, die an NS-Verbrechen, DDR-Unrecht oder
854 koloniale Geschichte erinnern. In diesem Rahmen setzen wir uns für den Erhalt
855 der Provenienzforschung als ein wichtiges Mittel der Erinnerungspolitik in
856 musealen Einrichtungen ein. Die baukulturelle Bildung ist in Sachsen-Anhalt
857 bisher unterrepräsentiert. Dabei ist Baukultur Teil des Allgemeinwissens. Wir
858 setzen uns dafür ein, dass die Baukultur stärker im Schulunterricht und in der
859 Ausbildung wie Weiterbildung verankert wird und Orte der Baukultur wie Museen,
860 Werkstätten oder Jugendbauhütten gefördert werden.

861 Wir fordern die gezielte Förderung von Kunstprojekten, Literaturaktionen und
862 einer „Bildungs-Tafel“ an Schulen, um kulturelle Bildung zu stärken und kreative
863 Ausdrucksformen für alle Schüler*innen zugänglich zu machen.

864 Wir möchten die Einführung nationaler und internationaler
865 Künstler*innenstipendien an Hochschulen durchsetzen. Damit wollen wir
866 Künstler*innen gezielt fördern und ihnen bessere Möglichkeiten zur kreativen

867 Entfaltung sowie zur Umsetzung ihrer Projekte eröffnen.
868 Auch die Stärkung der Jugendkulturarbeit soll ein Bestandteil unserer
869 Forderungen sein. Jugendkulturelle Angebote müssen gezielt gefördert und
870 ausgebaut werden, damit junge Menschen Räume für kreative Entfaltung, kulturelle
871 Teilhabe und eigene Ausdrucksformen erhalten.

872 **3.7 Sport verbindet und hält fit.**

873 Sport ist eine tragende Säule unseres gesellschaftlichen Miteinanders. Bewegung
874 und gemeinsames Sporttreiben verbinden Menschen, stiften regionale Identität und
875 stärken unsere Gesundheit. Sport lebt und vermittelt die Grundwerte unserer
876 Demokratie, wie Fairness, Respekt und Toleranz, und schafft Räume, in denen
877 Integration ganz selbstverständlich gelingt.

878 Deshalb setzen wir uns für die Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern ein,
879 wobei ökologische Nachhaltigkeit und echte Inklusion im Vordergrund stehen.

880 Wir wollen Kommunen und Sportvereine bei Klimaanpassungs- und
881 Klimaschutzmaßnahmen in Sportstätten unterstützen.

882 Breitensport fördern – Ehrenamt entlasten

883 Sportvereine sind Orte des Zusammenhalts. Wir streben eine Entbürokratisierung
884 der Sportförderung an und wollen Vereine gezielt bei Energiekosten und
885 Sanierungen unterstützen, um die Belastung durch Bürokratie und hohe Kosten zu
886 reduzieren. Die Stabilisierung der Breitensportförderung ist dabei ein zentrales
887 Anliegen. Wir setzen uns dafür ein, Vereine bei der Entschädigung ehrenamtlicher
888 Übungsleiter*innen zu unterstützen. Unser Fokus liegt besonders auf Vereinen,
889 die Angebote für Kinder und Jugendliche organisieren. Ohne Hauptamt lässt sich
890 ein breites Ehrenamt nicht erhalten. Wir setzen uns daher für eine angemessene
891 Ausstattung des Landessportbundes und seiner Kreissportbünde ein.

892 Wir machen uns stark für einen Sport, der diskriminierungsfrei in Bezug auf alle
893 Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeiten und inklusiv ist. Jede Person –
894 unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, finanziellen Möglichkeiten,
895 Behinderung oder ethnischer Zugehörigkeit – soll die gleichen Chancen haben, in
896 Sachsen-Anhalt Sport zu treiben. Um das zu gewährleisten unterstützen wir ein
897 vielfältiges Sportangebot und wollen mehr frei zugängliche Bewegungsflächen
898 schaffen, schulische Sportstätten stärker öffnen und dort, wo es nötig ist,
899 modernisieren und sanieren.

900 Zudem fordern wir eine landesweite Studie zur Aufarbeitung der gesundheitlichen
901 Folgen des DDR-Zwangsdopings, um die Betroffenen zu unterstützen und das
902 Bewusstsein für diese historische Problematik zu schärfen.

903 Leistungssport und Nachwuchs stärken

904 Wir wollen Leistungs- und Nachwuchssportler*innen besser unterstützen. Dazu
905 gehören: Förderung von Trainingslagern, die gezielte Förderung von
906 Sportler*innen, Trainer*innen und ehrenamtlich engagierten Frauen, bessere
907 Vereinbarkeit von Schule, Ausbildung und sportlicher Karriere sowie die
908 Rückholung der universitären Trainer*innenausbildung in den mitteldeutschen
909 Raum. Wir setzen uns obendrein für den Erhalt und die Fortentwicklung der Landes-
910 und Bundesleistungstützpunkte ein. Sie sind Garanten für die Entwicklung von

911 herausragenden Athlet*innen in den olympischen und paralympischen Sportarten und
912 schaffen Vorbilder, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

913 Wir verfolgen das Ziel, Spitzen- und Breitensport weiterhin zusammenzudenken. Im
914 Kinder- und Jugendsport sollen Kooperationen zwischen Sportvereinen und Schulen
915 weiter ausgebaut werden, insbesondere für Ganztagsangebote, um eine gezieltere
916 Bewegungsförderung zu erreichen.

917 Zusätzlich möchten wir das Ehrenamt im Sport stärken, indem wir die
918 Ehrenamtspauschale erhöhen und die Anerkennung verbessern, denn ohne
919 ehrenamtliches Engagement wäre der Sport in seiner heutigen Form nicht möglich.

920

921 Wir erkennen die wachsende Bedeutung des E-Sports an und setzen uns für eine
922 sichere und vielfältige E-Sport-Landschaft ein, die Kinder und Jugendliche
923 wirksam vor Missbrauch und extremistischen Einflüssen schützt. Die Förderung und
924 Unterstützung von Vereinen, die E-Sport anbieten, ist dafür ein zentraler
925 Baustein. Diese Aspekte werden wir auch in die Reform des
926 Jugendmedienschutz-Staatsvertrags einbringen.

927 **3.8 Zivilgesellschaft fördern: Engagement** 928 **verdient Rückhalt.**

929 Eine lebendige Demokratie lebt von weit mehr als Parlamenten oder Regierungen.
930 Sie wird vor allem von den Menschen getragen, die sich täglich individuell oder
931 in Vereinen und Projekten für das Gemeinwohl engagieren. Das Ehrenamt ist eine
932 der stärksten Säulen unserer Gesellschaft. Mit großem Respekt stehen wir an der
933 Seite aller Ehrenamtlichen und wollen ihnen den Rücken stärken. Die
934 Zivilgesellschaft hält unsere Städte und Dörfer zusammen und sorgt dafür, dass
935 demokratische Werte im Alltag erlebbar bleiben. Doch dieses Engagement gerät
936 zunehmend unter Druck, da bürokratische Hürden und finanzielle Unsicherheiten
937 die Arbeit erschweren, aggressive Anfeindungen viele engagierte Bürger*innen
938 bedrohen. Wir wollen die Zivilgesellschaft deshalb konsequent schützen und ihre
939 Bedeutung als unverzichtbaren Teil einer wehrhaften Demokratie stärken.

940 Erleichterungen für das Ehrenamt

941 Wir setzen uns dafür ein, dass sich ehrenamtliches Engagement besser mit dem
942 Beruf vereinbaren lässt, indem wir Anrechnungsregeln prüfen, bürokratische
943 Hürden abbauen und Kinderbetreuungsangebote im Ehrenamt fördern.

944 Dafür brauchen wir ein Bildungszeitgesetz in Sachsen-Anhalt, das Beschäftigten
945 zeitgemäße Rahmenbedingungen für ehrenamtliche, politische und berufliche
946 Weiterbildung ermöglicht. Initiativen wie Freiwilligenagenturen und
947 Selbsthilfegruppen unterstützen wir, um freiwilliges Engagement zu fördern und
948 soziale Teilhabe zu verbessern.

949

950 Freiwilligendienste stärken

951 Freiwilligendienste ermöglichen ein Engagement für die Allgemeinheit und dienen
952 der persönlichen Entwicklung. Wir wollen die Möglichkeiten bekannter machen,
953 Zugangshürden abbauen, das Taschengeld erhöhen und die Rahmenbedingungen für die
954 Träger verbessern. So gestalten wir die Dienste attraktiver.

955 Landes-Demokratiefördergesetz

956 Ein Landes-Demokratiefördergesetz soll geschaffen werden, um Engagement
957 langfristig zu stärken und demokratische Strukturen verlässlich abzusichern. Ein
958 solches Gesetz bietet die Möglichkeit, Projekte gegen Extremismus, Hass und
959 Gewalt dauerhaft zu fördern und unabhängig von kurzfristigen
960 Haushaltsentscheidungen zu schützen. Wir wollen, dass Sachsen-Anhalt diesen
961 Schritt geht und damit Initiativen, Beratungsstellen und Präventionsprojekte
962 nachhaltig unterstützt und demokratische Akteur*innen ihre Arbeit ohne
963 Existenzangst planen können.

964

965 Die Landeszentrale für politische Bildung wollen wir mit einem eigenen
966 Landesgesetz und direkt an den Landtag angebunden unabhängig absichern.

967 Mehrjährige und krisenfeste Landesprogramme

968 Politische Bildung, Aufklärung und Präventionsarbeit brauchen langfristige
969 Perspektiven. Deshalb wollen wir Landesprogramme für Demokratie, Beteiligung und
970 politische Bildung verstetigen und mehrjährig finanzieren. Projekte sollen in
971 Ruhe planen und sich auf inhaltliche Arbeit konzentrieren können, statt auf
972 kurzfristige Bewilligungen. Gerade in Krisenzeiten müssen demokratische
973 Strukturen gestärkt und dürfen nicht geschwächt werden.

974 Starke Beratungssysteme

975 Beratungsstellen sind oft die erste Anlaufstelle für Betroffene rechter,
976 rassistischer, antisemitischer oder antifeministischer Gewalt und sie
977 unterstützen Kommunen, Schulen und Vereine bei der Präventionsarbeit. Wir wollen
978 diese Strukturen weiter stärken, die Servicestelle Kinder- und Jugendschutz
979 ausbauen und das Landesberatungsnetzwerk verlässlich fördern. So schaffen wir
980 ein Netz, das hält, wenn Menschen Unterstützung brauchen.

981 Migrantische Selbstorganisationen sichtbar machen und unterstützen

982 Migrantische Vereine und Initiativen tragen wesentlich zur politischen Teilhabe,
983 sozialen Integration und Demokratieförderung in Sachsen-Anhalt bei. Sie schaffen
984 Begegnung, beraten, vernetzen und eröffnen Räume für Engagement. Wir wollen sie
985 stärker unterstützen, ihre Strukturen professionalisieren und ihre Rolle als
986 demokratische Akteur*innen anerkennen. Eine vielfältige Zivilgesellschaft ist
987 eine stabile Zivilgesellschaft.

988 Projekte gegen Diskriminierung unterstützen

989 Eine demokratische Gesellschaft braucht eine klare Haltung gegen Hass und
990 Ausgrenzung. Wir wollen Projekte stärken, die gegen Rassismus, Antisemitismus,
991 Islamfeindlichkeit, LGBTQ+-Feindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener
992 Menschenfeindlichkeit arbeiten. Diese Arbeit ist keine freiwillige
993 Zusatzleistung, sondern eine essenzielle staatliche Aufgabe, um die Demokratie
994 grundlegend zu schützen. Sie muss professionell, langfristig und verlässlich
995 gefördert werden.

996 Schutzkonzepte für Engagierte – besonders in Kommunen mit erhöhter rechter
997 Gewalt

998 Ehrenamtliche und Initiativen, die sich für Demokratie einsetzen, geraten
999 zunehmend ins Visier rechter Bedrohungen. Wir wollen Schutzkonzepte entwickeln,
1000 die Engagierte durch Sicherheitsberatung, rechtliche Begleitung, klare

- 1001 staatliche Schutzmechanismen und Ansprechstellen in der Verwaltung gezielt
- 1002 unterstützen. Wer sich für das Gemeinwohl einsetzt, muss sich auf staatliche
- 1003 Schutzstrukturen verlassen können und darf nicht allein gelassen werden.
- 1004 Engagement verdient Rückhalt und Schutz.